



**Eröffnungsrede zum parlamentarischen Abend der ak.mas
am 16. Mai 2017**

(Thomas Rühl, Sprecher Mitarbeiterseite AK Caritas)

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gäste,

im Bundestagswahljahr steht unser parlamentarischer Abend unter dem Motto „Menschen brauchen Zukunft – Arbeit braucht Sicherheit“.

Zukunft und Sicherheit stehen in einem engen Zusammenhang. Wer sich eine Zukunft aufbauen will, braucht vor allem einen unbefristeten, anständig bezahlten Arbeitsplatz. Nur so ist finanzielle und damit soziale Sicherheit im Erwerbsleben und im Rentenalter möglich. Von dieser Sicherheit können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch träumen: Arbeitsplatzsicherheit und Einkommenssicherheit sind bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein wackelig geworden.

Darüber, liebe Gäste und vor allem über politische Lösungen für diesen Missstand, wollen wir uns heute mit Ihnen austauschen!

Begrüßen Sie mit mir unsere Ehrengäste:

Ein herzliches Willkommen sage ich dem Schirmherrn des heutigen Abends, Herrn Abgeordneten Harald Weinberg. Mit Ihnen, lieber Herr Weinberg, schließen wir in dieser Wahlperiode den Reigen der Schirmherrinnen und Schirmherren aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ab.

Ich freue mich, dass die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Frau Abgeordnete Kerstin Griese, bei uns ist. Liebe Frau Griese, Sie waren die Schirmherrin unseres ersten parlamentarischen Abends 2014 und kommen seitdem regelmäßig. Vielen Dank, für den kontinuierlichen Austausch!

Ebenfalls zu uns gekommen ist die Schirmherrin unseres parlamentarischen Abends 2016, Frau Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auch Sie, Frau Müller-Gemmeke, pflegen den Dialog mit uns. Danke dafür!

Ich begrüße weiterhin herzlich den Vizepräsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Herrn Heinz-Josef Kessmann. Lieber Herr Kessmann, Sie sind auch Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission, und wir kennen uns gut aus dem Tarifgeschäft. Wir freuen uns auf Ihr Grußwort.

Ein herzliches Willkommen sage ich Sylvia Bühler vom ver.di Bundesvorstand, die auch ein Grußwort sprechen wird. Liebe Sylvia, wir freuen uns, dass Du wieder als Gastrednerin dabei bist. Deine Präsenz auf unserem parlamentarischen Abend hat bereits Tradition.

Als Vertreter des Marburger Bundes begrüße ich den Hauptgeschäftsführer, Armin Ehl. Lieber Herr Ehl, wir freuen uns auf Ihr Grußwort.

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien für Arbeit und Soziales und für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Herzlich willkommen Frau Loskamp und Herr Dr. von Schwanenflügel.

Den Begrüßungsreigen schließen möchte ich mit dem Vertreter der Dienstgeberseite der Arbeitsrechtlichen Kommission, Herrn Johannes Brumm, dem Sprecher der Mitarbeiterseite der Zentral-Koda, Thomas Schwendele, und dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen, Stefan Bug.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

der Staatsmann Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Die soziale Sicherheit ist das Vermögen der kleinen Leute.“ Diese Aussage hat nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Eine Privatisierung der sozialen Sicherung können sich nur Reiche leisten. Alle anderen sind auf ein angemessenes, am besten tarifliches Entgelt angewiesen. Sie brauchen im Alter eine auskömmliche Rente und eine ergänzende Betriebsrente. Funktionierende, paritätisch finanzierte Sozialversicherungssysteme sind für die Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls existenziell.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer paradoxen Situation:

Der Jobmotor in Deutschland brummt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Davon haben aber viele Beschäftigte gar nichts. Eine gute Arbeitsmarktlage schafft nicht automatisch mehr soziale Sicherheit. Vielmehr muss der Gesetzgeber handeln und das Soziale in der Marktwirtschaft wieder herstellen.

Dazu ist notwendig, prekäre Arbeitsverhältnisse entschlossen zurückzudrängen.

Die ak.mas fordert daher vom Gesetzgeber:

Schaffen Sie die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ab!

Nur dann, wenn es einen objektiv nachvollziehbaren Sachgrund für die Befristung eines Arbeitsverhältnisses gibt, ist ein befristeter Arbeitsvertrag zu rechtfertigen. Befristung aus Prinzip: Das geht gar nicht!

Ein weiteres Thema unter dem Stichwort prekäre Arbeitsverhältnisse ist die geringfügige Beschäftigung. Als Mittel zum Zweck des Einstiegs in reguläre Beschäftigung haben die Minijobs komplett versagt. Die meisten Minijobber bleiben im Minijob hängen. Ganz nebenbei werden der Solidargemeinschaft der Sozialversicherten auch noch Beiträge vorenthalten. Wir fordern: Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro Gehalt!

Meine Damen und Herren, liebe Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich auf die Altenpflege eingehen. Gut, dass das Thema ganz oben auf der politischen Agenda angekommen ist. Das ist auch im Interesse der 120.000 Kolleginnen und Kollegen, die in der Altenpflege bei der Caritas arbeiten.

Ich stehe noch unter dem Eindruck meiner Mitarbeit in der Pflegemindestlohnkommission. Ich habe mich dort schon sehr gewundert, wie hartnäckig die privaten Pflegeanbieter bei der Erhöhung des Pflegemindestlohns auf der Bremse standen. Solche Widerstände speisen sich nicht aus Fakten, sondern aus ideologischen, marktradikalen Vorbehalten gegen Lohnuntergrenzen.

Gut ist, dass der Pflegemindestlohn bis 2020 in drei Stufen auf 11,35 Euro im Westen und 10,85 Euro im Osten steigt. Der Pflegemindestlohn stellt eine absolute Lohnuntergrenze für Pflegehilfskräfte dar. Klar sein muss aber, dass der Pflegemindestlohn nicht zum Normlohn für Pflegekräfte werden darf. Vorrang haben müssen auch für Pflegehilfskräfte weltliche und kirchliche Tarifwerke.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin erleichtert, dass die Politik den Wert der Tarifbindung wieder entdeckt hat. In der zu Ende gehenden Wahlperiode wurden Verbesserungen bei der Anerkennung tariflicher Entgelte in der Altenpflege erreicht. Tariflöhne dürfen von den Kostenträgern nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Das ist gut und richtig so!

Dennoch müssen wir im Hinblick auf die Haltung zu Tariflöhnen noch einen Schritt weiter kommen: Tariflöhne sind nicht nur nicht unwirtschaftlich, sie sind immer wirtschaftlich! Deshalb müssen wir auch dahin kommen, dass Versorgungsverträge nur noch mit Pflegeanbietern geschlossen werden dürfen, die nach Tarif bezahlen.

Meine Damen und Herren, Altenpflege kostet Geld, Altenpflege flächendeckend auf Tariflohniveau kostet mehr Geld. Das Finanzierungsproblem ist aber lösbar:

Eine mittel- und langfristige Aufgabe ist die Reform der Finanzierungsgrundlagen der Pflegeversicherung. Wenn die Politik sich dazu durchringt, die Pflegeversicherung mit den gleichen Augen zu sehen wie die Krankenversicherung und andere

Sozialversicherungszweige, wäre viel gewonnen. Die ak.mas fordert eine paritätisch finanzierte Pflegevollkostenversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten!

Ein weiteres zentrales Thema in der Altenpflege ist die Personalbemessung. In der Pflege geht die Arbeitsverdichtung mittlerweile so weit, dass sowohl die Gesundheit der Pflegebedürftigen als auch die Gesundheit der Pflegekräfte gefährdet ist. Auch wenn die Bemessungsparameter schwierig zu definieren sind: Eine bundesweit gültige gesetzliche Personalbemessung muss zeitnah kommen - zum Wohle der Pflegekräfte und zum Wohle der Pflegebedürftigen!

Meine Damen und Herren, liebe Gäste, Sie sehen, wir haben im Jahr der Bundestagswahl Vieles mit Ihnen zu besprechen. Ich freue mich auf die Gespräche mit Ihnen und darf Herrn Kessmann um sein Grußwort bitten.